

II-1779 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 8. Dezember 1980

Ballhausplatz 2, 1014 Wien
Tel. (0222) 66 15, Kl. 3354 DW

Sachbearbeiter:
LR Dr. W. Loibl

GZ. 802.02/22-II.7/80

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum NR Dr. ETTMAYER und Gen. betreffend KSZE-Folgekonferenz (806/J-NR/1980)

Beilage

787/AB

1980 -12- 10

zu 806/J

An den

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum NR Dr. Ettmayer und Gen. haben am 24.10.1980 unter der Nr. 806/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend KSZE-Folgekonferenz gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- 1) Welche konkreten Impulse erwartet der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten von der KSZE-Folgekonferenz in Madrid für die Entspannung?
- 2) Welche Initiativen werden von österreichischer Seite aus gesetzt?
- 3) Werden die seinerzeit vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten angekündigten Initiativen im Bereich der Energiepolitik, der Kreditpolitik und der Binnenschifffahrt noch weiter verfolgt?
- 4) Welche bilateralen Kontakte wurden gepflogen, um die österreichischen Initiativen erfolgreich abzuschließen?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu 1):

Das Madrider Treffen findet in einer aufgrund der bekannten Entwicklung der vergangenen Zeit verschlechterten internationalen Lage statt. Die Schwierigkeiten, die sich beim Madrider Vorberei-

./.

- 2 -

tungtreffen mit der Ausarbeitung der Tagesordnung und der sonstigen Modalitäten für das Madrider Haupttreffen ergeben haben, sind ein deutlicher Ausdruck dieser Situation.

Jeder Versuch einer realistischen Vorhersage über das mögliche Ergebnis des Madrider Treffens wäre deshalb verfrüht.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß sich alle Teilnehmerstaaten ihrer besonderen politischen Verantwortung im Rahmen des KSZE-Prozesses bewußt sind und sich dementsprechend verhalten werden.

Zu 2):

Österreich verfolgt in Madrid - jeweils nach Kapitel ("Korb") der Schlußakte geordnet - folgende Initiativen:

- a) in Korb I im Rahmen der N+N-Staaten (Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland, Jugoslawien, Zypern, Liechtenstein, Malta, San Marino) einen Vorschlag über vertrauensbildende Maßnahmen.

Zusammen mit den N+N-Staaten wird auch an einem Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz gearbeitet, derzeit steht noch nicht fest, ob und zu welchem Zeitpunkt ein diesbezüglicher Vorschlag eingebracht werden wird.

- b) in Korb II eine Initiative zur Förderung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit im Energiebereich. In diesem Korb verfolgt Österreich auch spezifische Überlegungen im Bereich der Nord-Süd-Problematik.
- c) in Korb III ist am 1.12.1980 zusammen mit der Schweiz und Spanien ein Vorschlag zur Verbesserung der Verbreitung von Information und der journalistischen Arbeitsbedingungen eingebracht worden.

Zu 3):

Den österreichischen Vorschlag betreffend die Zusammenarbeit im Energiebereich habe ich bereits unter 2) erwähnt. Im Bereich der Binnenschifffahrt ist Österreich auf dem Belgrader Treffen initiativ geworden. Zu einer Weiterverfolgung dieser Initiative in

./.

- 3 -

Madrid ist es mangels Unterstützung durch andere Staaten nicht gekommen. Was den Bereich "Kreditpolitik" betrifft, so habe ich keine diesbezügliche Initiative angekündigt.

Zu 4):

In zahlreichen bilateralen Gesprächen vor dem Madrider Treffen sowie im Rahmen des Europarates, wie zum Teil auch durch Einschaltung der österreichischen Vertretungsbehörden in den KSZE-Staaten, wurden die österreichischen Initiativen den anderen KSZE-Ländern bekanntgemacht und deren Reaktionen, sofern solche erfolgten, nach Möglichkeit berücksichtigt. Allein 1980 haben bilaterale KSZE-Meinungsaustausche mit folgenden Ländern stattgefunden: Portugal, Spanien, Jugoslawien, UdSSR, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Ungarn, Finnland, USA, Frankreich, Norwegen, Schweiz, Belgien, Griechenland, Kanada, DDR. Daneben wurden auch verschiedene Treffen im Rahmen der Neutralen bzw. der N+N-Staaten dazu benützt, die österreichischen Anliegen zu präsentieren.

Weitere Kontakte ergeben sich unterdessen im Rahmen des Madrider Treffens selbst.

Ein Erfolg der österreichischen Initiative wird jedoch vom Gesamtverlauf des Madrider Treffens und somit nicht nur von den österreichischen Anstrengungen abhängen.

Abschließend möchte ich auf den beiliegenden Wortlaut meiner am 15.11.1980 in Madrid gehaltenen Eröffnungserklärung verweisen, in der ich den österreichischen Standpunkt zu den verschiedenen Fragen des Madrider Treffens bzw. zur Entspannung im allgemeinen ausführlich dargelegt habe.

Der Bundesminister
für
Auswärtige Angelegenheiten



(A)

Erklärung
des
Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Willibald Pahr

auf dem
Madriдер Treffen der Konferenz
Über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

am 15. November 1980

Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Abteilung Presse
und Information

Gültig nur der gesprochene Wortlaut,
Madrid am 15. November 1980

Zuallererst möchte auch ich der spanischen Regierung für die großen Anstrengungen danken, die sie als Gastgeber des Zweiten Folgetreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unternommen hat. Die herzliche und großzügige spanische Gastfreundschaft und die hervorragende Organisation, die sich bereits unter den besonders schwierigen Umständen während der vorbereitenden Beratungen bewährt hat, sollten einen wesentlichen Beitrag für das Gelingen dieses so wichtigen Treffens hier in Madrid darstellen.

Bevor ich meine Ausführungen beginne, möchte ich meiner großen Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß es gelungen ist, die wichtigen prozeduralen Fragen zu lösen, welche für einen geordneten und erfolgversprechenden Ablauf des Madrider Folgetreffens so entscheidend sind. Nach fast zehnwöchigem Ringen hat man sich jetzt auf der Grundlage eines von den Neutralen und Blockfreien getragenen Vorschlages auf eine Lösung geeinigt, welche auch von beträchtlicher politischer Bedeutung ist. Schon deshalb, weil in ihr der Wille aller Teilnehmerstaaten zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses sichtbar wird und weil alle Teilnehmerländer bewiesen haben, daß sie im Interesse der Erhaltung des KSZE-Prozesses bereit sind, auch auf die Vorstellungen des jeweils anderen einzugehen. Ich hoffe, daß das Klima, in dem diese Lösung möglich war, auch das Treffen selbst positiv beeinflussen wird und ich möchte namens der österreichischen Bundesregierung allen, die zu dieser Lösung beigetragen haben, danken.

Die Beziehungen zwischen Ost und West haben sich in den letzten Jahren leider nicht so entwickelt, wie wir bei der Unterzeichnung der Helsinki-Schlußakte im August 1975 gehofft hatten. In den Wellenbewegungen des Entspannungsprozesses sind wir an einem Tiefpunkt angelangt, der die Grenzen der Entspannung erreicht. Dieser Tiefpunkt wurde durch Umstände, die ich hier nicht näher zu erläutern brauche, herbeigeführt. Der unbefriedigende Verlauf der Vorkonferenz war eine Konsequenz dieser derzeit der Entspannung wenig günstigen Atmosphäre.

Ich habe mit großer Genugtuung das Bekenntnis aller meiner Vorredner zur Entspannung und zum KSZE-Prozeß verfolgt. Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß das Vertrauen der Staaten und Völker in die Entspannung erschüttert ist. Neue Impulse für den Entspannungsprozeß sind unerlässlich, um den

Glauben an den guten Willen aller wiederherzustellen.

Friede und Sicherheit, das sind die großen Ziele der Entspannung. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten, Begegnung zwischen den Menschen, Respekt ihrer Grundrechte und Rüstungsreduktion - ohne die jede Entspannung ungläubwürdig ist, sind die Voraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen.

Dabei scheint uns zum Bestreben, das bestehende Mißtrauen als gefährliche Quelle von Konflikten abzubauen, folgende Aussage der Schlußakte richtungsweisend:

Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen, die Lösung humanitärer Probleme tragen zur Stärkung des Friedens, der Verständigung zwischen den Völkern und zur geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion bei.

Universell wie die Zielsetzung der Entspannung ist auch ihr Geltungsbereich. Die Entspannung in Europa ist von den Ereignissen in der Welt nicht zu trennen. Selbst wenn wir sie auf eine Region beschränken wollten, wäre dies im Zeitalter der Interdependenz unmöglich. Der Krieg zwischen Irak und Iran, die Ereignisse im Nahen Osten und Südostasien und insbesondere die militärische Intervention in Afghanistan bestätigen die Unteilbarkeit der Entspannung.

In diesem Sinn spricht auch die Präambel zu Korb I von der Notwendigkeit, Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinn zu gewährleisten.

Wenn ich die Ereignisse in Afghanistan hervorhebe, so deshalb, weil sie das Ost-West-Verhältnis tiefgreifend berühren und den Entspannungsprozeß besonders negativ beeinflussen und Beispiel dafür sind, wie sehr die Entspannung von der Bereitschaft zur Zurückhaltung, vom "self-restraint" der Machtblöcke lebt.

Die ideologische Auseinandersetzung ist mit dem Begriff der Entspannung durchaus vereinbar.

Bundeskanzler Kreisky hat dies in Helsinki eindeutig mit den Worten zum Ausdruck gebracht: "Es ist daher sehr begrüßenswert, daß es immer wieder zu der Klarstellung kommt, daß die Koexistenz - unter der wir die heute mögliche Form friedlicher Beziehungen verstehen, nicht als für den ideologischen Bereich gültig angesehen werden kann. Ich begrüße diese Klarstellung, denn

-3-

auch auf Seiten der demokratischen Staaten ist man fest entschlossen, dem Gedanken der Demokratie immer stärker zum Durchbruch zu verhelfen, und wir sind der Auffassung, daß die Demokratie an sich eine so schöpferische Staatsform ist, daß in ihrem Rahmen und unter strengster Beachtung ihrer Grundsätze auch große gesellschaftliche Reformen sich vollzogen haben und auch in Zukunft vollziehen werden."

Wir sind also zur ideologischen Auseinandersetzung bereit. Wenn jedoch eine Macht zu militärischen Mitteln greift, rüttelt dies an den Grundfesten der Entspannung.

Welche Bedeutung hat nun der in Helsinki eingeleitete Prozeß für die Entspannung? Die Schlußakte hat neue Maßstäbe gesetzt, einen zwischenstaatlichen Verhaltenskodex geschaffen. Er ist, wie auch viele meiner Vorredner hervorgehoben haben, Richtschnur für das Handeln der 35 Teilnehmerstaaten. Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses ist gerade in einer Zeit erhöhter Spannungen unerläßlich.

Der KSZE-Prozeß ist für die großen Mächte genauso wichtig wie für die Kleinen, für die Paktgebundenen ebenso wie für die Blockfreien und Neutralen. Die Kommunikationsbasis, die durch die KSZE und ihre Konferenzfolgen geschaffen wurde, muß erhalten bleiben. Nur auf der Grundlage eines permanenten Dialoges können wir den Zielen der Entspannung näher kommen.

Wenn dieses Treffen ein Mißerfolg wird, so sind wir alle Verlierer. Wenn es ein Erfolg wird, werden wir dadurch alle gewinnen..

Das Mandat für unser Folgetreffen ist klar in der Schlußakte definiert. Es enthält zwei verschiedene Elemente: Einerseits "die Vornahme eines vertieften Meinungsaustausches über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben" und andererseits "die Durchführung eines vertieften Meinungsaustausches im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen der Teilnehmerstaaten, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa sowie des Entspannungsprozesses in der Zukunft."

Mit anderen Worten, wir sollen sowohl Bilanz ziehen über das bisher Erreichte, als auch nach neuen Initiativen und Impulsen suchen. Die Aussage der Schlußakte hiezu ist eindeutig, klar und unmißverständlich. Daher erscheint uns die Auseinandersetzung, die so heftig im Vorbereitungstreffen geführt wurde, wenig verständlich.

-4-

Nach unserer Ansicht ergibt sich bereits aus der Schlußakte von Helsinki, daß die Arbeit der Madrider Folgekonferenz vom Prinzip der Ausgewogenheit gelenkt sein muß: Ausgewogenheit zwischen Durchführungsdebatte und Behandlung neuer Initiativen; Ausgewogenheit in der Aufmerksamkeit, die wir den 3 Körben schenken. Ausgewogenheit bedeutet allerdings nicht, Auseinandersetzungen zu scheuen, sich einer Debatte zu entziehen, sich Argumenten zu verschließen. Wir müssen unsere Diskussion sachlich, offen, auch mit Härte, aber ohne Polemik führen, und die dafür notwendige Zeit in ausreichendem Maße zur Verfügung haben.

Bilanzziehen ist nicht einfach. Auf der Negativseite steht ganz oben auf der nach wie vor ungezügelt Rüstungswettlauf in Ost und West.

Wir sind Zeuge politischer Verfolgung, religiöser Intoleranz, Beschränkung der Informationsfreiheit und der Freizügigkeit der Menschen, des Terrorismus und einer Vielzahl anderer eklatanter Verletzungen von Menschenrechten. Dieses Treffen wird nicht umhin können, sich damit sachlich auseinanderzusetzen.

Menschenrechte sind heute keine Angelegenheit einzelner Staaten, sondern eine Verpflichtung der Staatengemeinschaft. Menschenrechte dienen allerdings den Menschen, und dürfen niemals als Mittel der Politik mißbraucht werden.

Wenn wir von Menschenrechten sprechen, dürfen wir nicht nur an die bürgerlichen und politischen Rechte denken, sondern auch an die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte, die gleichwertig nebeneinander bestehen. Die Entspannung wird ja auch nicht nur durch zwischenstaatliche Spannungen gefährdet, sondern auch durch innerstaatliche Instabilität und zwar gleichgültig, ob sie die Folge von Unfreiheit oder eine Konsequenz sozialer Unsicherheit ist.

In der Implementierungsdebatte werden wir Gelegenheit haben, im einzelnen auf die Unzukömmlichkeiten bei der Verwirklichung der Schlußakte zurückzukommen.

Positiv können wir Fortschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und manche Erleichterungen im Kontakt zwischen den Menschen vermerken. Die Lösung humanitärer Probleme hat nicht zuletzt unter dem Einfluß der Schlußakte von Helsinki beträchtliche Fortschritte gemacht. Ich denke hier besonders an die Entwicklung gegenüber Ungarn, Polen und der DDR.

Aus österreichischer Sicht möchte ich die positive Entwicklung in den Beziehungen mit allen unseren Nachbarstaaten im engeren und weiteren

-5-

Sinn hervorheben. Die erzielte Freizügigkeit im Reiseverkehr etwa mit Ungarn oder die Zusammenarbeit mit der Schweiz auf konsularischem Gebiet sind beredte Beispiele dafür.

Auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit sind sicherlich auch sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings vermögen diese Fortschritte solange nicht zu befriedigen, als die Freizügigkeit der Künstler und aller anderen Kulturschaffenden nicht gewährleistet ist.

Die Durchführungsdebatte wird uns zwangsläufig von der Notwendigkeit neuer Initiativen und neuer Impulse überzeugen. Wichtige und weitreichende Ideen stehen im Raum, die bereits in bilateralen Vorbereitungsgesprächen erörtert wurden. Unsere Gesprächspartner wissen, daß Österreich allen Bereichen der Schlußakte gleiche Bedeutung und gleiches Gewicht zumißt und in allen Körben Schwerpunkte erwartet. Anders ausgedrückt: Diese Konferenz darf keine Abrüstungskonferenz, keine Wirtschaftskonferenz und auch keine Menschenrechtskonferenz werden; sie muß alles in gleicher Weise sein. Sie muß das ganze Spektrum der Entspannungspolitik umfassen.

Und noch eines: Im Lichte der Belgrader Erfahrungen erscheint uns Zurückhaltung hinsichtlich der Anzahl von Initiativen angezeigt, um eine diesbezügliche Inflation im Interesse der Bewältigung unserer Aufgabe und der Effizienz unserer Arbeit zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund und mit dieser Einstellung hat Österreich intensive Vorbereitungen getroffen. Im Sinne der Schwerpunktbildung beabsichtigen wir Initiativen, die uns wichtig erscheinen, teils allein, teil gemeinsam mit anderen Staaten. Wir erwarten von diesem Treffen zukunftsorientierte Maßnahmen in allen Bereichen der Schlußakte und entsprechende konkrete Beschlüsse im abschließenden Dokument. Dies würde gerade in der jetzigen schwierigen Situation dem Entspannungsprozeß die so dringend notwendige neue Dynamik verleihen.

Im Korb I erscheint uns das Projekt einer europäischen Abrüstungskonferenz überaus wichtig. Österreich wird sich mit Entschiedenheit dafür einsetzen, daß auf diesem Treffen ein konkretes Mandat für eine solche Abrüstungskonferenz beschlossen wird, die in organischer Verbindung mit dem KSZE-Prozeß stattfinden muß. In ihrer 1. Phase sollte über neue vertrauensbildende Maßnahmen - militärisch bedeutsame verifizierbare und verbindliche - verhandelt werden. Vertrauen muß für Europa als Ganzes gebildet werden. In einer späteren Phase sollte auf der Grundlage eines gestärkten Vertrauens auch über den Abbau der militärischen Potentiale in Europa - unter entsprechender Be-

rücksichtigung des Bedürfnisses nach gleicher Sicherheit für alle - verhandelt werden.

Wir rechnen mit langwierigen Verhandlungen, die sorgfältiger Vorbereitung bedürfen. Die französische Initiative aus dem Jahre 1978 und die Vorschläge des Warschauer Vertrages vom Mai 1979 sind konstruktive Beiträge hierzu.

Im Bereich des Korbes II wird Österreich eine Intensivierung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf dem Energiesektor vorschlagen. Ziel dieser Initiative ist die Stimulierung der diesbezüglichen Arbeiten innerhalb der ECE, wobei Fragen des Informationsaustausches, des Außenhandels mit Energieträgern, der industriellen und technischen Kooperation einschließlich eines gesamteuropäischen Energieverbundes sowie der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung im Vordergrund stehen. Die in der ECE erarbeiteten Ergebnisse könnten sodann Gegenstand einer gesamteuropäischen Energiekonferenz auf hohem Niveau sein.

Im Bereich des Korbes III plant Österreich gemeinsam mit befreundeten Staaten einen Vorschlag auf dem Informationssektor. Ziele dieser Initiative sind einerseits Erleichterungen in den Arbeitsbedingungen für Journalisten, andererseits Verbesserungen in der Verbreitung, beim Zugang und im Austausch von Informationen. Uns liegt vor allem daran, daß den Journalisten Arbeitsbedingungen eingeräumt werden, die eine freie und ungehinderte Berichterstattung ermöglichen. Maßnahmen auf diesem Gebiet - im Sinne der Schlußakte - würden besonders dazu beitragen, die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten zu vertiefen.

Die Interessen der Entwicklungsländer sind seit Helsinki zunehmend in den Vordergrund der internationalen Politik gerückt.

Bereits die Schlußakte fordert eine Berücksichtigung der Anliegen der Entwicklungsländer im Interesse des Entspannungsprozesses.

Die österreichische Bundesregierung glaubt daher, daß auch das Madrider Folgetreffen der Entwicklung der Länder der 3. Welt einschließlich der Verbesserung ihrer Infrastruktur gebührende Aufmerksamkeit widmen sollte. Ausgehend von der individuellen und gemeinsamen Verantwortung aller Teilnehmerstaaten für die Lösung der vorrangigen Probleme der Entwicklungsländer befürwortet Österreich eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen KSZE-Teilnehmerstaaten bei der Durchführung konkreter gemeinsamer Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur in Entwicklungsländern. Wir hoffen, daß dieses

Treffen einen Beitrag zur Verwirklichung dieses Zieles leistet.

Grundanliegen der Außenpolitik des immerwährend neutralen Österreich, das an der Schnittlinie zweier Paktsysteme liegt, ist die Erhaltung und Förderung der Entspannung. Wir fühlen uns daher dem KSZE-Prozeß - unabhängig von den Wellentälern, den Hochs und Tiefs in der Weltpolitik - verbunden und verpflichtet. Die Initiative, die wir gemeinsam mit anderen neutralen und blockfreien Staaten zur erfolgreichen Beendigung des Vorbereitungstreffens ergriffen haben, ist Ausdruck dieser Verbundenheit und Verpflichtung. Wir werden so wie die anderen neutralen und blockfreien Staaten auch zum Erfolg dieses Treffens unseren Beitrag leisten. Wir erwarten ein Gleiches auch von anderen Teilnehmerstaaten.

Für die Entspannungspolitik gibt es nicht nur keine sinnvolle Alternative, sie hat uns allen konkrete Vorteile gebracht. Zu den Früchten der Entspannung gehören insbesondere 35 Jahre Frieden in Europa. Wir müssen sehr lange in der Geschichte zurückblicken, um eine so lange Periode ohne militärische Auseinandersetzung auf unserem Kontinent feststellen zu können. Liegt es daher nicht im Interesse eines jeden einzelnen von uns, den KSZE-Prozeß aufrecht zu erhalten, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß bei diesem Treffen ein Beschluß über Ort und Datum des nächsten Folgetreffens gefaßt wird? Käme ein solcher Beschluß nicht zustande, so hätte unserer Ansicht nach Madrid eine wesentliche Aufgabe nicht erfüllt!

Die Erkenntnis, daß der Entspannungsprozeß wechselhaft und nicht frei von Rückschlägen ist, daß es also auch in Entspannungsphasen zu Spannungen kommen kann, ohne daß dadurch der Prozeß an sich in Frage gestellt würde, hat sich allgemein durchgesetzt. Ebenso wie die Überzeugung, daß Stillstand in Wirklichkeit Rückschritt bedeutet. Wesentlich ist daher der Wille zu neuen Schritten. Hierzu ist Mut nötig, gleichzeitig aber auch Augenmaß für das politisch Machbare, Mäßigung und Kompromißbereitschaft. Dies setzt wiederum ein Mindestmaß an Vertrauen voraus. Bei der Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses auf der Grundlage der Helsinki-Schlußakte sind diese Postulate zu beachten, wobei oberstes Gebot bleiben muß, keinen Teil dieses Dokuments in Frage zu stellen und nicht zu versuchen, durch einseitige Interpretation seinen Sinn zu entstellen.

Wenn die Schlußakte allerdings zur Grundlage einer dynamischen Entwicklung, neuer Ideen und von bedeutsamen Beschlüssen gemacht wird, kann sie ihre vom Helsinki-Gipfel übertragene Aufgabe als Charta erfüllen, die unsere Zukunft in Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit gestalten soll.

In ihrer Gültigkeit greift die Schlußakte über den europäischen Bereich hinaus. Je besser es gelingt, ihr Ideengut in Europa zu verwirklichen, desto größer wird die Chance einer Politik der Entspannung auch in anderen Regionen.

Und ein letztes: Die Entspannung darf nicht für die eine Seite einen Sieg ohne Krieg, für die andere einen Frieden ohne Sieg bedeuten. Sie muß allen Partnern Vorteile bringen. Dies wird nur dann möglich sein, wenn der Geist der Toleranz unsere Arbeit leitet, durchdringt und beseelt. In diesem Geist zu arbeiten ist ein Appell, den ich zum Abschluß an Sie alle richten möchte.